Stand: 16.12.2025 00:23:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11185

"Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/11185 vom 26.04.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12128 des OD vom 28.06.2016
- 3. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 12.07.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.04.2016 Drucksache 17/11185

Antrag

der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Inge Aures, Susann Biedefeld SPD

Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Landtags findet eine Expertenanhörung über die Einführung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausscheidende Beamte in Bayern statt

Die Anhörung soll insbesondere der Prüfung der Frage dienen, ob der bayerische Gesetzgeber ein Bayerisches Altersgeldgesetz beschließen soll, ähnlich wie der Bundesgesetzgeber ein Altersgeldgesetz für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten beschlossen hat.

Begründung:

1. Am 4. September 2013 ist das Gesetz zur Gewährung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3386) in Kraft getreten. Nach dessen Art. 1 haben Beamte auf Lebenszeit, Richter auf Lebenszeit und Berufssoldaten, sofern sie auf ihren Antrag hin entlassen werden, Anspruch auf Altersgeld (vgl. § 1 Abs. 1 Altersgeldgesetz (AltGG)). Der Anspruch auf Altersgeld entsteht nicht, wenn die oder der Betroffene auf die Entlassung besteht, obwohl zum Zeitpunkt der Entlassung zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen (§ 1 Abs. 1 AltGG). Vor dem Wirksamwerden der Entlassung müssen die Betroffenen eine zu den Akten zu nehmende Erklärung über die Inanspruchnahme von Altersgeld abgeben. Sie sind unmittelbar nach Eingang ihres Antrags auf Entlassung auf die Erforderlichkeit der Abgabe dieser Erklärung hinzuweisen. Sie sind ebenfalls darüber zu informieren, dass eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für die zurückgelegte Dienstzeit bei der Wahl des Altersgelds nicht durchgeführt wird. Wurde bereits eine Nachversicherung in der GRV oder einer berufsständischen Versorgungseinrichtung (z.B. infolge einer Entlassung auf Antrag bis einschließlich 3. September 2013 oder infolge unterlassener Erklärung bei einer Entlassung auf Antrag ab dem 4. September 2013) durchgeführt, entsteht kein Anspruch auf Altersgeld (§ 3 Abs. 6 AltGG). Die Nachversicherung kann nicht zugunsten eines Altersgeldanspruchs rückgängig gemacht werden.

Das Altersgeld stellt für freiwillig ausscheidende Beamtinnen und Beamte. Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten hinsichtlich ihrer Alterssicherung eine Alternative zur obligatorischen Nachversicherung in der GRV nach § 8 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) dar, die insofern bei einem Ausscheiden aus einem versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnis als der gesetzliche Regelfall bestehen bleibt. Sofern der Gewährung von Altersgeld keine zwingenden dienstlichen Gründe entgegenstehen, kann die oder der Betroffene zwischen Altersgeld und Nachversicherung wählen. Soweit die Wahl zugunsten des Altersgeldes getroffen wird, ist eine Nachversicherung ausgeschlossen, da kein unversorgtes Ausscheiden als Voraussetzung für die Durchführung einer Nachversicherung mehr vorliegt (§ 8 Abs. 2 SGB VI).

Altersgeldberechtigte sind nicht beihilfeberechtigt. Sie sind ferner keine Versorgungsempfängerinnen oder Versorgungsempfänger im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) und des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) (§ 1 Abs. 4 AltGG).

2. Mit Beschluss vom 27. Oktober 2010 (Drs. 16/6148) forderte der Landtag die Staatsregierung auf, auf der Basis der Ergebnisse einer Expertenanhörung bis zum 31. Dezember 2011 zu prüfen, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem zeitlichen Horizont, die Trennung der Alterssicherungssysteme einschließlich der Mitnahmefähigkeit von Versorgungsanwartschaften realisiert werden könnte.

In dem Bericht der Staatsregierung zur Trennung der Alterssicherungssysteme und Mitnahmefähigkeit beamtenrechtlicher Versorgungsanwartschaften vom 16. Oktober 2012, der dem Landtag mit Schreiben vom 23. Oktober 2012 (Az.: 24-P 1601-036-36552/12) des damaligen Staatsministeriums der Finanzen zum Beschluss des Landtags übermittelt wurde, wurden die Gesichtspunkte, die für und gegen eine Trennung der Alterssicherungssysteme bzw. eine Mitnahmefähigkeit beamtenrechtlicher Versorgungsanwartschaften und in diesem Zusammenhang auch für oder gegen die Einführung eines Altersgelds sui generis als (Neu-)Erwerb von Anwartschaften eigener Art bzw. Einräumung eines Versorgungsanspruchs freiwillig ausgeschiedener Beamter aus dem Beamtenverhältnis gegen den früheren Dienstherrn sprechen, unter rechtlichen Gesichtspunkten (Verfassungsrechtliche Zulässigkeit, Einheitlichkeit des Beamtenverhältnisses, Weiterbestehen der Erforderlichkeit von Anrechungsregelungen), personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Sicherung des Vertrauens in die Amtsführung der Verwaltung, Ausgleich des Abgangs von qualifiziertem Personal, Attraktivitätsverlust durch Einschränkung der Anerkennung von Vordienstzeiten, Bedürfnisse der Personalentwicklung) und finanziellen Gesichtspunkten ausführlich dargestellt und diskutiert.

3. Der Bericht des damaligen Staatsministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2012 an den Landtag hat mittlerweile seine Aktualität im Hinblick auf die Einführung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausgeschiedene Beamte eingebüßt. Im Bund ist zum 4. September 2013 das Altersgeldgesetz (AltGG) in Kraft getreten, das Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit und Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, sofern sie auf ihren Antrag hin entlassen werden, einen Anspruch auf Altersgeld einräumt. Aus der Begründung des damaligen Gesetzentwurfs (vgl. Bundestags Drs. 17/12479) ergibt sich, dass der vergleichsweise niedrige Rentenanspruch, der im Falle einer Nachversicherung ausscheidenden Beamten zusteht, sich als Hemmnis für die Mobilität und Flexibilität der Bundesbeamten erwiesen habe. Die mit der Nachversicherung verbundenen wirtschaftlichen Nachteile sollten deshalb dahingehend abgebaut werden, dass als finanzieller Ausgleich für die erdienten Alterssicherungsansprüche das Altersgeldgesetz einen Anspruch auf Altersgeld vorsieht. Beim AltGG wurde auch durchaus berücksichtigt, dass gerade kein übermäßiger Anreiz geschaffen wird, dass Beamte den Bundesdienst vorzeitig verlassen, d.h., die im Bericht des damaligen Staatsministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2012 diesbezüglich geäußerten Bedenken wurden vom Bundesgesetzgeber durchaus auch gesehen. Vor diesem Hin-

tergrund wurde der Altersgeldanspruch so ausgestaltet, dass ein Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Ausgestaltung des Altersgeldanspruchs und den berechtigten Interessen des Dienstherrn, die Bediensteten dauerhaft an sich zu binden, geschaffen wurde. Dies wurde insbesondere dadurch gelöst, dass der Anspruch auf Altersgeld erst ab einer Wartezeit von sieben Jahren entsteht, bei einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis eine Sperrfrist von fünf Jahren greift und nur reine Beamtendienstzeiten, also keinerlei Vordienstzeiten bei der Berechnung des Altersgeldanspruchs berücksichtigt werden. Zudem wird auch ein Familienzuschlag nicht in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen und auf den Altersgeldanspruch ein pauschaler Abschlag von 15 Prozent erhoben. Des Weiteren wird das Altersgeld monatlich nachträglich gezahlt.

All diese Detailregelungen des AltGG des Bundes waren bei der Abfassung des Berichts des damaligen Staatsministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2012 an den Landtag nicht bekannt, weswegen der Bericht eine Anhörung im Landtag über die Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern nicht ersetzen würde. Hinzu kommt, dass ein Altersgeldgesetz keine sog. Trennung der Alterssicherungssysteme im Sinne des Berichts darstellt, sondern auf einem völlig anderen Konzept beruht. Die mit einer Trennung der Systeme verbundenen Probleme, die der Bericht ausführt, wären deshalb auf ein Altersgeldgesetz nicht übertragbar. Insbesondere der im Bericht problematisierte Attraktivitätsverlust des Beamtenverhältnisses durch Anerkennung von Vordienstzeiten käme bei einem vergleichbaren Bayerischen Altersgeldgesetz nicht zum Tragen.

Hinzu kommt, dass sich der Bericht des damaligen Staatsministeriums der Finanzen auch nicht mit den möglichen Alternativen, wie sie in der Gesetzesbegründung des Altersgeldgesetzes des Bundes angedacht wurden, auseinandersetzt. Dort werden z.B. eine ergänzende Nachversicherung der freiwillig ausscheidenden Beamten und Richter bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sowie eine Ergänzung der Alterssicherung durch Kapitalisierung und Abfindung der erworbenen Anwartschaften in Form eines einmaligen Kapitalbetrags angesprochen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.06.2016 Drucksache 17/12128

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD

Drs. 17/11185

Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Stefan Schuster Mitberichterstatter: Volker Bauer

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 28. Juni 2016 beraten und aufgrund des in der Sitzung mündlich gegebenen Berichts der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Ingrid Heckner Vorsitzende Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Bei den in der Anlage an Nummer 3 und 4 stehenden Konsultationsverfahren betref-

fend die Energieunion, zu denen in den Ausschüssen einstimmige Voten vorliegen,

sind die Fristen zur Abgabe einer Stellungnahme bereits abgelaufen. Es wird daher

vorgeschlagen, den bisherigen Einleitungssatz "Der Bayerische Landtag gibt im Kon-

sultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:" durch den Einleitungssatz "Der

Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellung-

nahme abzugeben:" zu ersetzen.

Wer mit dieser Änderung einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. –

Hallo CSU? – Stimmt ihr mit oder nicht? – Also, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄH-

LER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Die Gegenstimmen! – Wisst ihr, was ihr wollt?

(Hans Herold (CSU): Können Sie das bitte wiederholen? - Natascha Kohnen

(SPD): Wie wär's mit Zuhören?)

Nein. Wir können nicht dreimal wiederholen, bis es passt. Ich hab euch ja extra noch

gefragt. Stimmt ihr jetzt dieser Änderung und der Übernahme der Voten zu? – Gut.

Gibt's Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen, keine Gegenstimmen. Dann

ist das so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zur Abstimmung – ich bitte jetzt darum, ein bissla aufzupassen –

über die restlichen Voten. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den

einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas

COM (2016) 49 final BR-Drs. 79/16

Drs. 17/11013, 17/12277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Eine EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung

COM (2016) 51 final

BR-Drs. 80/16

Drs. 17/11014, 17/12278 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

^	_	
3.	Ener	AID.
J.		uic.

Konsultation bezüglich der Rationalisierung von Planungs- und Berichterstattungsverpflichtungen als Teil der Governance der Energieunion 11.01.2016 - 22.04.2016

Drs. 17/11015, 17/12279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

4. Verkehr, Forschung und Technologie, Energie, Klimaschutz, Binnenmarkt: Öffentliche Konsultation zu einer umfassenden und integrierten Strategie für die Energieunion in den Bereichen Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit 04.03.2016 - 31.05.2016

Drs. 17/11027, 17/12280 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD

Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa I: Einbeziehung von Kommunen und NGOs in die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) Drs. 17/11230, 17/12301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

6.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa II: Stimmrecht fü die Alpenkonvention in der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) Drs. 17/11231, 17/12302 (A)				
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	n	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
7.	Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa III: Neuer Schwung für den Alpenschutz durch EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALF Drs. 17/11232, 17/12304 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und				
	Europaangelegenheite CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
8.	Antrag der Abgeordner Dr. Linus Förster u.a. S Für eine zukunftsorien Dokumente in den Am Drs. 17/11233, 17/123	SPD tierte Alpenpolitik in Ba tssprachen der Makro	ayern und Europa IV: E	USALP-	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
9.	Antrag der Abgeordner Dr. Linus Förster u.a. S Für eine zukunftsorien Parlaments bei der Um Drs. 17/11234, 17/123	SPD tierte Alpenpolitik in Ba nsetzung der EU-Strat	ayern und Europa V: B	eteiligung des	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

10.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VI: EUSALP-Projekte für nachhaltige Alpenraumentwicklung nutzen Drs. 17/11235, 17/12308 (E)			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			
11.	 Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VII: Transparente und demokratisch legitimierte Verwendung der EUSALP-Finanzmittel sicherstellen Drs. 17/11236, 17/12309 (A) 			
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
12.	Antrag der Abgeordnet Günther Felbinger u.a. Vielfalt bewahren – Gu Schulbereich beseitige Drs. 17/11433, 17/1229 Votum des federführer Bildung und Kultus	und Fraktion (FREIE inte Ganztagsschule au n – Bildungsföderalisn 97 (A) nden Ausschusses für	WÄHLER) sbauen I – Kooperatio	nsverbot im GRÜ
	CSU	SPD	_	_
	A			Z

13.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vielfalt bewahren – Gute Ganztagsschule ausbauen II – Klassenmehrung für Ganztagsklassen zulassen – Wahlfreiheit der Eltern gewährleisten Drs. 17/11434, 17/12105 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
14.	Günther Felbinger u.	neten Hubert Aiwanger a. und Fraktion (FREIE Bute Ganztagsschule a		Ganztagsschule	

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

in der Primarstufe – Bericht über Pilotphase

Drs. 17/11435, 17/12106 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vielfalt bewahren – Gute Ganztagsschule ausbauen IV – Bundesweite Qualitätsstandards bei der Ganztagsschule auf den Weg bringen Drs. 17/11436, 17/12107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Asylsuchenden Drs. 17/10441, 17/12157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17.	Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures u.a. SPD Entgeltgleichheit für Frauen schaffen Drs. 17/10463, 17/12153 (A)				
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
18.	Antrag der Abgeordner Arif Tasdelen u.a. SPD Tragfähiges Konzept fü Drs. 17/10573, 17/122) ür WLAN-Zugang in Fl			
	Antrag der CSU-Frak Votum des mitberate Wirtschaft und Medie Energie und Technol	nden Ausschusses f en, Infrastruktur, Bau	ür		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
19.	Antrag der Abgeordnet Verena Osgyan u.a. ur Freies WLAN für alle – Drs. 17/10642, 17/122	nd Fraktion (BÜNDNIS · auch für Geflüchtete!	90/DIE GRÜNEN)		
	Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
20.	Antrag der Abgeordnet Dr. Hans Jürgen Fahn Mobilität für Senioren u Drs. 17/10910, 17/122	u.a. und Fraktion (FRI und Menschen mit Eins	EIE WÄHLER)		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

21.	Antrag der Abgeordner Ulrich Leiner u.a. und I Einführung von Gesun Drs. 17/10990, 17/121 Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju CSU	Fraktion (BÜNDNIS 90 dheitspässen für Asyls 54 (A) nden Ausschusses für)/DIE ĞRÜNEN) suchende	GRÜ ☑
22.	Antrag der Abgeordner Martina Fehlner u.a. S Umgang des Deutsche mit seiner NS-Vergang Drs. 17/11003, 17/123 Votum des federführer Wissenschaft und Kun	PD en Jagd- und Fischerei genheit 12 (E) nden Ausschusses für		
	CSU CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
23.	Antrag der Abgeordner Kathi Petersen u.a. SF Berichtsantrag zum Pr Drs. 17/11104, 17/122	PD äventionsprojekt "MiM		igranten"
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
24.	Antrag der Abgeordner Jürgen W. Heike u.a. G Girokonto für alle Drs. 17/11175, 17/122	CSU	r, Josef Zellmeier,	
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		Z

25.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterbringung von Flüchtlingen: Was ändern die Beschlüsse der Staatsregier konkret? Drs. 17/11222, 17/12158 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
26.	Antrag der Abgeordnet Susann Biedefeld u.a. Zeichen setzen: Politis Bayern und Polen inter Drs. 17/11323, 17/121	SPD che und zivilgesellsch nsivieren			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
27.	Antrag der Abgeordnet Thomas Mütze u.a. un Bekämpfung der Geldv Drs. 17/11328, 17/123	d Fraktion (BÜNDNIS väsche im Nicht-Finar	90/DIĚ GRÜNEN)		
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
			Z	Z	
28.	Antrag der Abgeordnet Claudia Stamm u.a. un Transparenz bei verste Drs. 17/11355, 17/123	nd Fraktion (BÜNDNIS eckten Schulden: Klarf	90/DIE GRÜNEN)	orge schaffen	
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

29.	Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD "Blitz-Marathon" – Weiterentwicklung einer guten Idee Drs. 17/11418, 17/12101 (E)			
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
30.	Antrag der Abgeordner Volker Bauer u.a. CSU Vollzugshinweise zur U	l Jnterbringung von Fur	• •	
	Drs. 17/11494, 17/122	56 (E)		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31.	 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Situation der Mittelschule in Bayern Drs. 17/11500, 17/12115 (A) 			
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
32.	 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Systematische Kooperation der Klinik für Geriatrie am Klinikum Bayreuth mit Pflegeeinrichtungen in den Landkreisen Kronach und Lichtenfels sowie der Stac Bayreuth unterstützen und fördern Drs. 17/11568, 17/12295 (E) 			reuth mit
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			

33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Halb Bayern "Raum mit besonderem Handlungsbedarf"! Konsequenzen aus der Heimatstrategie der Staatsregierung ziehen Drs. 17/11594, 17/12298 (E)
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
		Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD) Zukunft gestalten – Regionen stärken – Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und Wettbewerbschancen in allen Landesteilen Drs. 17/11596, 17/12299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Α

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Weg bringen - Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen Drs. 17/11597, 17/12317 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD) Die Unwettergeschädigten und die Kommunen nicht im Stich lassen Drs. 17/11607, 17/12318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU Hochwasser- und Überschwemmungsschäden: Schnelles Maßnahmenpaket für bayerische Kommunen, Unternehmen und Bürger Drs. 17/11728, 17/12319 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Folgen von CETA für die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern Drs. 17/11718, 17/12142 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD Endgültige Vollzugshinweise zum Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz Drs. 17/9798, 17/11839

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

40. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD

Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern

Drs. 17/11185, 17/12128

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

zur 79. Vollsitzung am 12. Juli 2016

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD Landesbehindertenrat in die Beratungen zur Novellierung des bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes einbeziehen Drs. 17/11613, 17/12250

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
 Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz
 Drs. 17/11756, 17/12249

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

43. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz Drs. 17/11796, 17/12252

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, **der den Antrag für erledigt erklärt hat.**